



Hochschulforschung

Praktiker und Forscher unter einem Dach

Amsterdam Hochschulmanager und Hochschulforscher sollen enger zusammenarbeiten. Das ist das Ziel der European Association of Institutional Research (EAIR). Der Verband mit Sitz in Amsterdam veranstaltet Anfang September seine Jahreskonferenz in Valencia (Foto). Die europäische Organisation will Mittler sein zwischen Forschern und den Hochschulprofessionellen an den Universitäten, die die eigene Einrichtung wissenschaftlich unter die Lupe nehmen. Doch das Interesse an einer stärkeren Kooperation ist in Deutschland bislang verhalten.

kontakte Seite 6

tipp der redaktion

Hedda sieht jetzt besser aus

Oslo Freunde von Hedda finden ab sofort alle Informationen auf einer übersichtlichen Homepage. Hinter dem nordischen Frauennamen verbirgt sich die Higher Education Development Association an der Universität Oslo. 2001 gründeten sieben europäische Partner den Verbund, der an einer effektiven Umsetzung von Hochschulforschung in die Praxis arbeitet.

→ Internet: <http://uv-net.uio.no/wpmu/hedda>

themen

agenda

Leiten: Narzissten in der Chefetage sind nicht automatisch schlecht, sagt der Psychologe Gerhard Dammann. **Seite 2**

hochschule

Lehren: Wer bei der Weiterbildung mitspielen will, braucht eine gute Strategie – wie die Leuphana Universität. **Seite 4**

forschung

Lernen: Wie Wissenschaftler beim Agenda-Setting punkten können, zeigt ein Beispiel aus den USA. **Seite 5**

ticker

Lenken: Die EU-Kommission will die Antragsverfahren in der Forschung unbürokratischer gestalten. **Seite 12**

brennpunkt

Leiden: Wie die Hochschulen in Großbritannien von einer Kürzungswelle in die nächste geraten. **Seite 30**



Ein Wachmacher mit begrenzter Halbwertszeit ist Kaffee, des Deutschen liebste Frühstücksdroge. Nach dem anfänglichen kräftigen Push kommt schnell der Durchhänger, und der Knallwack-Effekt verpufft. Das fanden Forscher der britischen Universität Bristol heraus.

Foto: pixelio/Kora Polster

→ Internet: www.bristol.ac.uk/news/2010/7051.html

1. bis 4. September

Konferenz: Marketingideen für Universitäten

Stresa Der Europäische Universitätsverband für Öffentlichkeitsarbeit Euprio will neue Wege gehen. Statt Workshops und Vorträge über das Netzwerken und die Professionalisierung von Hochschulen gibt es bei der jährlichen Konferenz 2010 im italienischen Stresa intensive Trainings und Diskussionsrunden zu neuen Ideen für die Öffentlichkeitsarbeit. Bei Anmeldung bis zum 15. Juli kostet die Teilnahme 700 Euro.

→ Internet: www.euprio.org

27. - 29. September

Messe: Wie Europa die IT-Forschung fördert

Brüssel Die europäische Agenda für die IT- und Kommunikationsforschung sowie die künftigen Prioritäten der EU-Forschungsförderung in dem Bereich sind Themen der Expo ICT 2010 in Brüssel. Forscher und Vertreter von Unternehmen, Politik und Hochschulen treffen dort zusammen. Die Teilnahme kostet 550 Euro.

→ Internet: http://ec.europa.eu/information_society/events/ict/2010/

5. - 6. Oktober

Workshop: Effektive Wege der Hochschulfinanzierung

Berlin Wie können Hochschulen ihre Drittmittelaufkommen verbessern? Mit dieser Frage befasst sich der „Peer Learning Workshop on Funding in Higher Education: The Deans Perspective“ des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) in Berlin. Zielgruppe sind Hochschuldekane, anmelden kann man sich online.

→ Internet: www.che.de/cms/?getObject=250&getLang=de

Tagung

Nachhilfe für Hochschulmanager auf der Konferenz der European Association for International Education

Nantes Es gibt kaum ein aktuelles Hochschulthema, das sich nicht im Programm der viertägigen Tagung der European Association for International Education (Eaie) vom 15. bis 18. September in Nantes wiederfindet: In zahlreichen Workshops und Vorträgen können sich Führungskräfte von Hochschulen, Internationalisierungsprofis und Bildungsforscher aus aller Welt über Möglichkeiten informieren, an ihren Hochschulen Angebote zu Lebenslangem Lernen einzuführen.

Sie haben die Gelegenheit, über Internationalisierungsstrategien und die Evaluierung ausländischer Kreditpunkte-Systeme sowie über den Werbeeffect optimal gestalteter Webseiten zu diskutieren. Die Konferenz lädt die Teilnehmer dazu ein, sich auszutauschen, neue Trends

kennenzulernen, Partnerschaften mit internationalen Hochschulen aufzubauen und Anregungen für mehr Professionalisierung der eigenen Hochschule zu sammeln. Die Angebote finden auf unterschiedlichem Niveau statt. Sie richten sich an Einsteiger, Fortgeschrittene oder auch an Profis spezieller Bereiche. Außerdem bietet die Tagung vielfach Gelegenheiten, miteinander ins Gespräch zu kommen.

Mehr als 3500 Vertreter internationaler Hochschulbildung nahmen an der EAIE-Tagung 2009 in Madrid teil. In diesem Jahr werden mindestens ebenso viele Gäste erwartet, darunter der neue Generalsekretär (siehe S.9). Die Teilnahme kostet 775 Euro. Die Online-Registrierung ist bis zum 27. August möglich. mh

→ Internet: www.eaie.org

Seminar

Was es heißt, Weltklasse-Universität zu sein, und wie man sich diesem Anspruch nähert

Brüssel Jede Universität will Weltklasse-Niveau erreichen, jedes Land meint, Hochschulen vorweisen zu müssen, die im globalen Kontext herausstechen. Doch was heißt das eigentlich „Weltklasse-Universität“? Und wie kann man dieses so vage umrissene Ziel verwirklichen?

Auf diese Fragen antwortet der Direktor des US-amerikanischen Boston College, Philip Altbach, in dem Seminar „World-Class: The brave new World of global Higher Education and Research“, die von der Academic Cooperation Association (ACA) am 15. Oktober in Brüssel veranstaltet wird.

Neben den Definitionsfragen hat der Europa-Verband auch praktische Detailfragen auf die Agenda gestellt. So referiert Prof. Dr. Dirk van Damme von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, (OECD) über die Exzellenz in der Lehre, Dr. Sabine Behrenbeck vom Wissenschaftsrat spricht

über nationale Exzellenzinitiativen und Peter van der Hijden von der Europäischen Kommission über die europäische Antwort auf das



Foto: Wikimedia

Weltklasse: In internationalen Rankings steht das Massachusetts Institute of Technology oben

Thema. Das Seminar wendet sich an Ansprechpartner für die Internationalisierung der Hochschulbildung in Europa. Frühbucher zahlen bis 24. September 210 Euro Teilnahmegebühr. mh

→ Internet: www.aca-secretariat.be/index.php?id=448

Ausschreibungen aus Europa

Wirtschaftsfragen

Unternehmensförderung und Verpackungsgesetze

Luxembourg Die Europäische Investitionsbank (EIB) fördert über das Eiburs-Programm mit bis zu 300 000 Euro Projekte an Universitäten mit folgenden Themen: die Kreditvergabe an kleine und mittelständische Unternehmen in Europa, die EU-Geschichte der Finanzierung von Infrastruktur und die volkswirtschaftliche Beurteilung der Gesetzesrichtlinie über Verpackungen. Vorschläge sind bis zum 10. September einzureichen.

→ Internet: www.eib.org/about/partners/universities/eiburs/index.htm

Austauschprogramme

Korea und Australien besser verstehen

Brüssel Wissensaustausch und das Verständnis der Kulturen anderer Industrieländer sind das Ziel des Forschungsprogramms Industrialized Countries Instruments (ICI). Mit Austausch- und Studienprogrammen mit Korea und Australien können sich Hochschulen bewerben. Bedingung ist ein Verbund mit einer EU-Hochschule und einer Hochschule aus einem der Partnerländer. Anträge müssen bis zum 6. September eingereicht werden.

→ Internet: http://eacea.ec.europa.eu/extcoop/ici-ecp/funding/2010/call_2010_en.htm

Auslandsaufenthalt

Forschen in der Molekularbiologie

Brüssel Molekularbiologen mit Dokortitel können sich mit einem langfristigen Projekt bei der Europäischen Organisation für Molekularbiologie (EMBO) bewerben. Es winkt ein bis zu zweijähriger Forschungsaufenthalt in Ländern der EU oder bestimmten Nachbarländern der EU. Anträge müssen bis zum 15. August gestellt werden.

→ Internet: www.embo.org/programmes/fellowships/long-term.html

→ Mail: fellowships@embo.org



Foto: Privat

Gerhard Dammann ist Psychologe und Direktor der Psychiatrischen Klinik Münsterlingen am Bodensee. Sein Spezialgebiet sind schwere Persönlichkeitsstörungen.

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Führungsstile

„Narzissen haben zwei Seiten: Sie können auch produktiv sein“

In den Chefetagen sitzen oft Egoisten und Narzissen, sagt der Psychologe und Autor Dr. Gerhard Dammann. Doch das muss nicht immer schlecht sein.

duz: Herr Dammann, schaffen es nur Narzissen in die Führungssetagen?

Dammann: „Nur“ kann man nicht sagen. Aber es spricht einiges dafür, dass gerade Narzissen in Führungspositionen landen. Wer heute Karriere machen will, braucht harte Bandagen. Er muss einen starken Willen haben, Leistungsdruck standhalten und seine Kompetenzen immer wieder zur Schau stellen, um erfolgreich zu sein.

duz: Gilt das auch für Hochschulen?

Dammann: Die Wirtschaft ist sicher affiner für diesen Trend. Aber das Phänomen ist auch an Hochschulen verbreitet. Auch der Forscher oder Wissenschaftsmanager ist heute eine sich selbst vermarktende Ich-AG. Sich auf sich selbst zu konzentrieren ist ein berufliches Muss, narzisstisches Verhalten ein Stück weit notwendig, wenn man im Management Karriere machen will.

duz: Wie ticken Narzissen?

Dammann: Narzissmus ist ein Kontinuum. Ein schwerer Narzisst tritt als rücksichtsloser Egoist auf, der dazu neigt, andere mit Härte oder Zynismus abzuwerten. Er hat vor allem die eigenen Interessen vor Augen, Motiven anderer schenkt er kaum Beachtung, versteht sie oft auch nicht. Dabei ist er selbst dünnhäutig und fühlt sich leicht gekränkt.

duz: Wie kommt jemand mit solchen Sozialkompetenzen nach oben?

Dammann: Narzissen haben zwei Seiten. Sie können auch produktiv sein und sind sehr ehrgeizig. Sie haben viel Energie, sind engagiert und belastbar. Und sie sind nicht nur hart gegen Mitarbeiter, sondern auch gegen sich selbst.

duz: Viele sind sehr engagiert. Warum steigen aber vor allem Narzissen auf?

Dammann: Wenn sie gebabt sind, ist

ihre Sicht auf die Dinge oft neuartig und visionär. Sie besitzen eine charismatische Ausstrahlung und verstehen es, zu überzeugen. Außerdem fühlen sie sich niemandem verpflichtet. Das macht sie freier in ihren Entscheidungen. Sie lassen sich nicht durch Ressentiments oder Regeln im kreativen Lösungsprozess einengen.

duz: Und genau das ist an der Führungsspitze gefragt?

Dammann: Es kommt auf die Lage an. Will oder muss sich eine Einrichtung von Grund auf neu orientieren, macht es Sinn, einen produktiven Narzissen zum Chef zu machen, der ohne zu große Rücksicht auf Traditionen das Bestehende ändert. So jemanden aber als Direktor eines sehr gut laufenden Max-Planck-Instituts einzusetzen, wäre dagegen fatal.

duz: Warum streben Narzissen so heftig zur Macht?

Dammann: Ihr Motor ist weniger die Macht selbst als die Anerkennung und Bewunderung, die ihnen in einer hohen Position entgegen gebracht wird. Sie helfen den Narzissen, ihr inneres, manchmal auch unbewusstes Gefühl zu verdrängen, eigentlich minderwertig zu sein.

duz: Sind Mitarbeiter dazu verdammt, solche Chefs auszuhalten?

Dammann: In schweren Fällen von Narzissmus ist die Lage in der Tat so gut wie hoffnungslos. Auch loyale Kritiker werden von schwer narzisstischen Chefs als Feind betrachtet. In weniger schweren Fällen aber kann sich konstruktive Kritik durchaus lohnen. Der leichter narzisstisch veranlagte Chef schätzt ein Gegenüber, das widerspricht, das mutig ist, sich als stark entpuppt.

→ Literatur: Gerhard Dammann: „Narzissen, Egoisten und Psychopathen in der Führungssetage. Fallbeispiele und Lösungswege für ein wirksames Management“, Haupt Verlag, 2007

Die Fragen stellte Marion Hartig.

Einen riesigen Fan-Club haben offenbar die Wissenschaftskoperationen und Projekte während des Deutsch-Chinesischen Jahres gefunden: Mehr als 2,7 Millionen mal wurde die Homepage bis zum Abschluss des Jahres Ende Juni angeklickt.

→ Internet: www.deutsch-chinesisches-jahr-2009-2010.de

Lebenslanges Lernen

Wer bei Weiterbildung vorne mitspielen will, braucht eine gute Strategie

Deutsche Hochschulen haben Nachholbedarf beim Lebenslangen Lernen. Das europäische Projekt Sirius könnte für Hochschulentscheider interessant sein: Es erarbeitet entsprechende Handreichungen.

Brüssel/Lüneburg Sirius ist ein Projekt der European University Association (EUA) und steht für „Shaping Inclusive and Responsive University Strategies“. Zu diesen Strategien gehört die Optimierung von Weiterbildungskonzepten. 2008 legten europäische Hochschulen in der Charter on Lifelong Learning fest, dass Hochschulen und Regierungen Weiterbildungsangebote nachhaltig zu fördern, auszuweiten und breiten Kreisen Fortbildungswilliger zugänglich zu machen haben.

29 Hochschulen aus 18 Ländern wurden für Sirius ausgewählt. Sie sollen bis Herbst 2011 in verschiedenen Arbeitsgruppen

Kontakt

Prof. Dr. Sabine Remdisch
Institut für Evaluation und
Qualitätsentwicklung, Leuphana
Universität Lüneburg
Internet: www.leuphana.de/eq/kontakt



Foto: Leuphana Universität

erarbeiten und anschließend publizieren, wie Stolpersteine beseitigt werden können, in welchem Maße die Charter sich im Hochschulalltag umsetzen lässt und sich dabei untereinander austauschen. Als einzige deutsche Hochschule wirkt die Leuphana Universität in Lüneburg mit.

Ein Treffen Anfang Juni diente auch der sogenannten Swot-Analyse der eigenen Stärken und Schwächen im Weiterbildungsbereich. „Fast alle deutschen Hochschulen sind aktiv in der Weiterbildung, aber nur wenige haben eine schlüssige Strategie dafür.“ So fasst es Michael Hörig zusammen, der bei der EUA Ansprechpartner für Sirius ist. Als positive Beispiele nennt Hörig dagegen die skandinavischen Länder, besonders Finnland. Dort sind zum Beispiel die meisten Angebote kostenlos.

Dr. Sabine Remdisch, Professorin und Weiterbildungsexpertin an der Leuphana, sieht als Hauptproblem, dass es in Deutschland keine einheitlichen Regelungen gibt: Etwa bei der Anrechnung der praktischen Kompetenzen Berufstätiger als Credit Points. Dies begrenze die Möglichkeiten für Weiterbildungswillige. Auch fehlten Konzepte, die eine optimale Learn-Life-Balance sicherstellten und die besonderen Lebensumstände Berufstätiger während des Studiums berücksichtigten.

Als wichtiges Signal betrachtet Remdisch die Einrichtung einer Professional School an ihrer Hochschule, an der alle Weiterbildungsstudiengänge gebündelt sind: „Damit hat das Lebenslange Lernen eine feste Heimat an der Hochschule.“ Ein kritischer Punkt sei, dass Professoren Weiterbildung als Aufgabe oft nicht ernst genug nähmen und die Unvereinbarkeit der Kulturen in Unternehmen – wichtige Kunden in der Weiterbildung – und Hochschulen beklagten. „Die Hochschulen müssen an einer Annäherung arbeiten“, sagt Remdisch. mk

Sabine Remdisch ist Expertin für Lebenslanges Lernen.

Wettbewerb

Mehrsprachigkeit als Konzept im Ausland

Berlin/Almaty Wenn über globale Märkte diskutiert wird, geht es auch um Bildung und Wissenschaft. Somit sind die Hochschulen mitten drin im internationalen Wettbewerb. Das gilt insbesondere für deutsche Hochschulen im Ausland, die dort eine akademische Ausbildung made in Germany anbieten. Heißt: Man muss sich von der Konkurrenz abheben.

Beispiel Deutsch-Kasachische Universität (DKU) in Almaty: Zwar hat sich Kasachstan in diesem Frühjahr dem Bologna-Prozess angeschlossen. Doch wie viele Staaten der ehemaligen Sowjetunion hat es sich zunächst in der Hochschulbildung an den USA orientiert. Das Konzept, das Prof. Dr. Johann Gerlach, seit 2007 Rektor der privaten DKU, deshalb in allen zwölf Bachelor-Studiengängen der Hochschule umgesetzt hat, lautet Mehrsprachigkeit in der Lehre – und zwar mit gleich drei Sprachen. Darüber referierte der emeritierte Jurist Ende Juni in Berlin auf einer Tagung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD).

In drei Sprachen zu Hause zu sein, erhöhe die Chancen der Absolventen auf dem Arbeitsmarkt, sagt Gerlach. Damit wirbt die Hochschule, die sich zum Teil aus Studiengebühren finanziert und Projektförderung vom DAAD erhält. Die insgesamt 450 Studierenden, die sich auf vier Fakultäten verteilen, belegen während der ersten beiden Jahre zusätzlich jeweils sechs Wochenstunden in Deutsch und Englisch. „Nur etwa 15 Prozent unserer Studienanfänger können bereits Deutsch“, sagt der Rektor. Der normale Fachunterricht wird auf Russisch abgehalten. Im dritten und vierten Jahr findet dieser dann auf Deutsch statt. „Begabte Studierende haben die Möglichkeit, ihr viertes Jahr an einer Partnerhochschule in Deutschland zu verbringen“, so Gerlach. Dazu gehört zum Beispiel die Freie Universität (FU) Berlin, an der Gerlach bis zu seiner Emeritierung lehrte und die er in den 90er Jahren als Präsident leitete. mk

→ Internet: www.dku.kz

.....
Gut, dass wir darüber gesprochen haben. Vernetzung gehört zum wissenschaftlichen Alltag. Beim Agenda Setting lässt sich das noch ausbauen.

Foto: P.Ginter / ESRF



agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Welche Forschung gefördert wird, bestimmt zwar die Politik. Zuvor aber sind Experten gefragt. Wie Wissenschaftler diese Meinungsbildung steuern können, zeigt ein Beispiel aus den USA

von Lars Klaaßen

Agenda Setting

So demonstrieren Forscher gemeinsam starkes Know-how

Washington D.C. Weltweit versucht die Politik herauszufinden, welche Forschungsfelder in Zukunft wichtig sind und deshalb finanziell gefördert werden sollten. Wer sich bei dem Prozess auf eine Handvoll Experten verlässt, geht ein hohes Risiko ein. Denn auch Experten können sich mal irren.

Das Internet eröffnet mit dem Web 2.0 alternative Wege: etwa den der Schwarmintelligenz. Dafür aber müssen sich die einzelnen Wissenschaftler in ihren Disziplinen gut organisieren. Wie das geht und wie sich auf diese Weise der Einfluss der einzelnen Disziplinen im sogenannten Agenda Setting stärken lässt, zeigt das Computing Community Consortium (CCC) in den USA. Ein Beispiel aus der IT, das aber auch auf andere Disziplinen übertragbar ist.

Das 2007 gegründete CCC schließt die Gemeinschaft der IT-Experten im weitesten Sinne in ihre Arbeit ein. Jeder Experte, der sich einbringen will, sei dazu eingeladen, betont Geschäftsführer Erwin Gianchandani: „Wissenschaftler aus mehr als 200 Universitäten und Forschungsinstituten des Landes mischen hier mit.“ Dieses gigantische Reservoir an Know-how muss gebündelt und strukturiert werden. Die entscheidende Rolle spielt dabei ein Rat mit 15

Mitgliedern samt einem Vorsitzenden. Sie werden für jeweils drei Jahre von den anderen nach offener Debatte berufen. Aufgabe des Rates ist es, die große Gemeinschaft der Experten beim Agenda Setting zu unterstützen. Intern bedeutet das, Kommunikation zu moderieren. So müssen immer wieder Prioritäten definiert werden, wenn die Mittel nicht ausreichen, um alle guten Ideen in gleichem Maße zu fördern. „Dabei achtet der Rat auch darauf, dass Minderheiten gegenüber einer großen Mehrheit noch zu Wort kommen“, sagt Gianchandani. „Wir schaffen Raum für einen Markt der Ideen, auf dem ausschließlich wissenschaftliche Qualität zählt.“ Der Rat hat unter anderem Vorträge auf einer Fachkonferenz initiiert, die spezifische Forschungsperspektiven thematisierten. CCC-Mitglieder, die Workshops organisieren, um neue Forschungsfelder abzustecken, werden ebenfalls unterstützt.

Nach außen agiert der CCC als Vertreter des Forschungsbereichs IT, erläutert Gianchandani: „Wir sprechen durch den Rat mit einer Stimme – so wie es andere Forschungsbereiche bereits seit längerem vormachen.“ Mit dem wissenschaftlichen Know-how können nun erfolgreicher Fördermittel für künftige Forschungen akquiriert werden. Damit vielversprechende Ideen

zügig umgesetzt werden, baut der Rat Brücken zu Einrichtungen und Programmen, die solche Vorhaben finanzieren.

Das CCC selbst ist eine Gründung unter dem Dach der Computing Research Association (CRA). Diese Non-Profit-Organisation fördert Forschung und höhere Bildung im IT-Bereich. Gemeinsam mit der National Science Foundation (NSF), einer unabhängigen Einrichtung der US-Regierung, hat die CRA die CCC ins Leben gerufen. „Die Arbeit hat sich bewährt“, konstatiert Tom Kalil, Abteilungsleiter im Büro für Wissenschafts- und Technologiepolitik im Weißen Haus, nach den Erfahrungen der ersten Jahre. „Der Weg von einer guten Idee bis hin zu einem konkreten Projekt ist dank CCC deutlich kürzer geworden.“ Kalil regt deshalb an: „Auch in anderen Wissenschaftsbereichen sollte solch eine Struktur geschaffen werden.“ Dabei könnten auch die traditionellen Disziplinengrenzen überschritten werden. Die Schnittmengen von Biologie, Physik und Ingenieurwissenschaften etwa ließen sich ganz neu abstecken.

Während die US-Amerikaner bereits den zweiten Schritt fokussieren, stellt sich die Frage: Auf welcher hiesigen Agenda steht die Schaffung ähnlicher Strukturen?

➔ Internet: www.cra.org/ccf





College 2.0 gekreuzt mit der „Sendung mit der Maus“. So muss man sich die Khan Academy vorstellen. Salman Khan aus Kalifornien (Foto), ehemals Finanzanalyst, hält Vorlesungen via YouTube – über Algebra oder Chemie. Das Wissen darüber liest er sich kurz vorher an.

Foto: Khan Academy

→ Internet: www.khanacademy.org

Die European Association of Institutional Research (EAIR) will Hochschulforscher und -manager einen. Ein wichtiger Ansatz, denn die Zahl der forschenden Hochschulmanager an den Unis nimmt zu. Doch deren Interesse ist verhalten.

Hochschulforschung

Wie Forscher und Manager versuchen, zusammenzukommen

Amsterdam European Association of Institutional Research (EAIR) – the European Higher Education Society ist ein langer Name für eine Organisation, die ein vermeintlich einfaches Ziel hat: „EAIR soll in erster Linie ein offenes Forum sein, um gegenseitig praktische Erfahrungen und neue Forschungsergebnisse auszutauschen.“ Diesen Anspruch formuliert Prof. Dr. Bernard Longden, EAIR-Vorsitzender und Hochschulforscher an der britischen Liverpool Hope University.

Flaggschiff der EAIR ist die Jahreskonferenz, die dieses Jahr vom 1. bis zum 4. September in Valencia unter der Überschrift „Linking Society and Universities: New missions for Universities“ stattfindet. Dort wird das thematisiert, was die EAIR als ihre wichtigste Aufgabe betrachtet: Sie will Mittler sein zwischen Hochschulforschern und Praktikern in der Verwaltung, die ihrerseits damit beschäftigt sind, über die eigene Hochschule zu forschen. Das sind jene Universitätsmitarbeiter im Graubereich zwischen Wissenschaft und Verwaltung, deren Zahl in jüngster Zeit deutlich zugelegt hat.

Das Internationale Zentrum für Hochschulforschung (Incher) Kassel etikettiert sie behelfsmäßig als Hochschulprofessionelle, kurz Hopros (duzMAGAZIN 06/10, S. 30). Bei der Gründung vor 31 Jahren war EAIR der hochschulpolitischen Diskussion

in Europa um Jahre voraus. Vorbild war die Association of Institutional Research in den USA. Der Begriff Institutional Researcher entspricht in etwa dem Hochschulprofessionellen. „An den US-Hochschulen ist es schon lange Normalität, dass Institutional Researchers die eigene Universität unter die Lupe nehmen“, sagt Prof. Dr. Ulrich Teichler, der der EAIR als Präsident zwischen 1998 und 2002 vorstand. Diese Spezialisten sind der Hochschulleitung unterstellt und untersuchen, ob Management und Verwaltungsprozesse an der Hochschule funktio-

.....

„Ans Verwaltungspersonal kommen wir nur sehr schwer ran.“

.....

nieren, wie die Auswahl von Studierenden verbessert werden kann oder welche Karrierewege die Hochschulabsolventen einschlagen.

„Der Prozess der Selbstbeforschung lief in Europa langsamer als erwartet“, urteilt Teichler. Erst im vergangenen Jahrzehnt habe die Hochschulforschung Fahrt aufgenommen. Mittlerweile zählt EAIR mehr als 420 Mitglieder in den eigenen Reihen, vornehmlich aus Europa, aber auch aus



Nord- und Lateinamerika, Australien oder Asien. Sie zahlen einen Mitgliedsbeitrag von 150 Euro pro Jahr. Dafür bietet ihnen die Gesellschaft einen Newsletter, eine Monografie und die Fachzeitschrift „Tertiary Education and Management“. Einbringen können sich die Mitglieder in drei Arbeitsgruppen, die sich mit dem Qualitätsmanagement, der Datenverwaltung und der Beurteilung studentischer Leistung beschäftigen. Obendrein verleiht der Verband jedes Jahr den Best Paper Award an Nachwuchswissenschaftler. Zusätzlich bietet der Verband dieses Jahr erstmals am Tag vor der Jahrestagung in Valencia ein Seminar zum Thema Benchmarking an.

Den Stellenwert eines europäischen Netzwerkes wissen Hochschulforscher wie Dr. Johanna Witte vom Bayerischen Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung sehr zu schätzen: „Als Mitglied hat man Zugang zu einem internationalen Expertennetzwerk. Das ist mit Gold nicht aufzuwiegen“, sagt Witte, die derzeit auch im geschäftsführenden Vorstand

Wolfgang Adamczak, Forschungsreferent an der Uni Kassel, profitiert als EAIR-Mitglied vom Erfahrungsaustausch.



agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt



Foto: Wikimedia

Die European Association of Institutional Research (EAIR) tagt Anfang September in Valencia. Zu sehen ist hier das Wissenschaftsviertel Cuidad de las ciencias.

sitzt. Doch insgesamt ist die Beteiligung von Hochschulforschern und -praktikern aus Deutschland schwach. Lediglich 16 Personen sind EAIR-Mitglied, wenngleich der Zuspruch aus manch anderem europäischen Land wie etwa aus Frankreich noch geringer ist. „An das Verwaltungspersonal kommen wir nur sehr schwer ran. Dabei sind das diejenigen, die Änderungen in der Hochschulpolitik umsetzen müssen“, bedauert Hochschulforscher Bernard Longden. Ihnen müsse EAIR künftig mehr Aufmerksamkeit widmen. Lohnen könnte sich der Einsatz besonders in Deutschland. Denn dort sind nach Erhebung von Incher an den Universitäten im Schnitt 180, an den Technischen Universitäten im Schnitt 265 der Hochprofessionellen beschäftigt.

Ein Grund, warum sich nur wenige Praktiker bei EAIR engagieren, ist laut Longden auch der Sparzwang an den Hochschulen. Das Geld, um an internationalen Konferenzen teilzunehmen, ist knapp bemessen, das bestätigt Forschungsreferent Dr. Wolfgang Adamczak von der Uni Kassel (siehe

Interview). Für Longden erscheint das paradox: „Gerade unsere Konferenz und Publikationen können neue Impulse geben, wie die Hochschulen die schwierige Aufgabe der Finanzierung meistern können.“

Ändern will der Vorsitzende aber das Profil der Gesellschaft nicht. „EAIR ist keine politische Organisation, sondern will sich um die praktischen Probleme an den Hochschulen kümmern“, sagt er. Das sieht Johanna Witte ähnlich und ergänzt: „Der praxisnahe wissenschaftliche Austausch auf der Jahreskonferenz ist unser Alleinstellungsmerkmal, nicht das Angebot von Schulungen für Hochschulmanager“, sagt sie. Allerdings soll nun der Bekanntheitsgrad gesteigert werden. EAIR hat europaweit Absolventen der Hochschul- und Wissenschaftsmanagementkurse angeschrieben und wirbt beim Expertennachwuchs um Mitgliedschaft.

→ Internet: www.eair.nl

Benjamin Haerdle
ist freier Journalist in Leipzig.

Vernetzung

„Die Zeit fehlt, um auf Kongresse zu fahren“

Dr. Wolfgang Adamczak ist Forschungsreferent an der Universität Kassel und Vorsitzender des Sprecherrats des Netzwerks Forschungsreferenten.

duz Herr Adamczak, Sie sind Mitglied bei der European Association for Institutional Research (EAIR). Welchen Nutzen haben Sie davon?

Adamczak Es ist wichtig, sich im Tagesgeschäft nicht nur um die eigenen Probleme zu kümmern, sondern auch mal strategisch in die Ferne zu blicken und zu schauen, was in anderen europäischen Staaten in der Hochschulforschung gemacht wird. Mich interessieren vor allem die Entwicklung von Managementstrukturen und die Qualitätskontrolle. Da gibt es spannende Ideen, die ich auch an meiner Hochschule umsetzen könnte. Für diesen Erfahrungsaustausch ist die EAIR-Mitgliedschaft sehr hilfreich.

duz So wie Sie denken bundesweit nur sehr wenige Hochschulmanager. Ist die Organisation zu wenig bekannt?

Adamczak Nein, daran liegt es nicht, aber das Gebiet der Hochschulforschung hat im Universitätswesen einen geringen Stellenwert. Hinzu kommt, dass an den Universitäten viele Referenten meinen, so unerlässlich in die tägliche Arbeit eingebunden zu sein, dass die Zeit fehlt, um auf Kongresse zu fahren oder sich fortzubilden.

duz EAIR will Schnittstelle für Praktiker und Hochschulforscher sein. Ist das machbar?

Adamczak Die EAIR ist sehr spezialisiert auf dem Gebiet der Hochschulforschung, sie bezieht auch die Praktiker zu wenig ein. Von der Verwaltung kommen zu den Jahrestagungen immer nur sehr wenige Teilnehmer. Für sie ist das zu teuer, denn zur Tagungsgebühr kommen noch Flug und Übernachtung. Viele Kanzler sagen da eher nein, weil der Nutzen nicht klar ist. hbj

Was hierzulande als großer Erfolg gilt, soll auch auf europäischer Ebene funktionieren: Eine Akademie als Nachwuchsschmiede für die besten Jung-Wissenschaftler.

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt



Benjamin Haerdle

Elitenförderung

Was erfahrene Forscher von der jungen Akademie in Europa erwarten

Amsterdam Es ist das Problem vieler Akademien: Bei neuen Trends in der Wissenschaft wie den Nanowissenschaften sind die Mitglieder nicht auf der Höhe der Zeit. „Meine Generation ist über neue Disziplinen nur sehr wenig informiert, das wissen die Jüngeren oft viel besser“, sagt Prof. Dr. Nicholas Mann, selbst Jahrgang 1942. Er ist Vize-Präsident bei den All European Academies (Allea) und feilt seit zwei Jahren an dem Aufbau einer jungen Europäischen Akademie. Etliche der herkömmlichen Akademien gelten als überaltert. Mann: „Im Durchschnitt sind die Wissenschaftler um die 50, manchmal gar um die 70 Jahre alt.“

Als Blaupause dient für den Allea-Vize die Junge Akademie, die in diesem Jahr ihr zehnjähriges Bestehen feiert. „In Deutschland klappt das hervorragend, deshalb wollen wir das auch auf europäischer Ebene angehen“, sagt Mann. Das Ziel: „Wir wollen jungen Wissenschaftlern eine Stimme geben, zum Wohle der Wissenschaft, der Gesellschaft und der öffentlichen Hand.“ Die erste Ausschreibungsrunde für die Nachwuchsforscher hofft Mann im Oktober kommenden Jahres zu veröffentlichen; im Sommer 2012 könnte die Junge Akademie dann offiziell an den Start gehen.

Nicht mehr als zehn Jahre sollte nach Manns Vorstellungen bei den Mitgliedern der europäischen Nachwuchsschmiede der Abschluss der Promotion zurückliegen. Ein

möglicher Richtwert für das Alter aus seiner Sicht: 45 Jahre.

Doch wie fast immer, wenn sich eine europaweite Organisation gründen möchte, ist der Aufbau der Nachwuchsakademie ein langwieriger Prozess. Sie soll 53 Allea-Mitgliedsakademien aus 40 Ländern repräsentieren. Dabei müssen nicht nur unterschiedliche nationale Akademie-modell berücksichtigt werden, sondern es muss auch die Finanzierung gesichert sein. 600 000 Euro kalkuliert Mann für das Budget ein. Damit will er 50 Nachwuchswissenschaftler fördern: „Die Besten der Besten.“ 5000 Euro sollten jedem Fellow pro Jahr zur Verfügung stehen, um damit vor allem Reisekosten zu den vier jährlichen Treffen der europäischen Jungen Akademie zu finanzieren.

Bezahlen sollen das Elitenetzwerk die Allea-Mitglieder, zumindest in der Startphase. „Wenn wir für die ersten fünf Jahre genug Geld haben, gründen wir eine Stiftung. Dann können wir selbst Mittel einwerben“, sagt Mann. Aber viele Akademien zeigen sich sparsam, denn Manns europäische Pläne haben sie selbst auf den Geschmack gebracht. Immer mehr Akademien wollen erst einmal ihre eigenen nationalen Nachwuchsakademie gründen. Mann stört das nicht, auch wenn es dem europäischen Ansatz im Weg steht: „Wenn es den Aufbau junger Akademien fördert, ist das doch wunderbar.“

Nicholas Mann ist Vize-Präsident der All European Academies und setzt sich seit zwei Jahren für eine junge Akademie in Europa ein.

Foto: privat

Kontakt

Prof. Dr. Nicholas Mann
All European Academies (Allea)
Telefon +31 (0) 20 5510754
Mail: secretariat@allea.org
Internet: www.allea.org

.....
 Ptries Boekholt leitet das deutsche Büro
 der Beratungsgruppe Technopolis.



agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Internationalisierung

Neuer Geschäftsführer will professionalisieren

Amsterdam Der Internationalisierung haben sich derzeit viele Hochschulen verschrieben. Doch wie kann eine Hochschule ihr Verwaltungspersonal darin schulen? Dieser Aufgabe nimmt sich die European Association for International Education (EAIE) in Amsterdam an. "Sie will die Hochschuladministration auf dem Gebiet der Internationalisierung professionalisieren", sagt der seit 100 Tagen amtierende EAIE-Geschäftsführer Leonard Engel. Der 52-Jährige war zuvor als Direktor für Internationales an der niederländischen Universität Leiden tätig. Er hat einen Master in öffentlicher Verwaltung und Literaturwissenschaften und gilt als Spezialist für Internationales und studentische Angelegenheiten.

Geld verdienen will die EAIE mit Seminaren, Workshops und Trainings. Deren Themenspektrum ist breit gefächert – es reicht von der Akquise ausländischer Studierender über Internationalisierungsstrategien einer Hochschule bis zu Sprachkursen für Mitarbeiter, die in International Offices der Universitäten arbeiten. „Immer mehr internationale Studierende und Forscher kommen an die Hochschulen und bringen aus ihren Ländern beispielsweise jeweils unterschiedliche Anforderungen an Serviceangebote mit“, sagt Engel. Darauf müssten sich Hochschulmanager einstellen.

185 Euro kostet die Mitgliedschaft bei der EAIE pro Jahr. Die Gesellschaft hat 2300 Mitglieder und verfügt über ein jährliches Budget von 1,5 Millionen Euro. Rund 100 Vertreter deutscher Hochschulen sind ihr beigetreten. Aushängeschild von EAIE ist die Jahreskonferenz (siehe S.2). hbj

.....
Kontakt

.....
Leonard Engel
 European Association for International
 Education (EAIE)
 Telefon + 31 (0) 20 344 51 00
 Mail: engel@eaie.nl
 Internet: www.eaie.org

Evaluation

Die Suche nach dem gesellschaftlichen Nutzen eines Forschungsprojekts

Evaluationen sind aus Wissenschaftssystemen nicht mehr wegzudenken, weder in Deutschland noch anderswo in Europa. Deshalb gibt es dabei immer wieder neue Trends, wie Dr. Ptries Boekholt vom Beratungsunternehmen Technopolis weiß.

Frankfurt Ob Förderprogramme, Hochschulen, Forschungseinrichtungen oder einzelne Fächer – ohne Evaluation fällt an Hochschulen und Forschungseinrichtungen kaum eine politische Entscheidung. Neue Trends beobachtet Dr. Ptries Boekholt. Sie ist Leiterin des Deutschland-Büros der niederländischen Beratergruppe Technopolis, die auch das Bundesforschungsministerium und die Deutsche Forschungsgemeinschaft in Sachen Evaluierung berät. Eine der neuesten Entwicklungen: Einige europäische Länder wie die Niederlande und Großbritannien setzen bei der Evaluierung nicht mehr ausschließlich auf wissenschaftliche Exzellenz – wer zum Beispiel wie oft was in welchen Journalen veröffentlicht hat –, sondern nehmen verstärkt die Relevanz der Forschung ins Visier.

„Immer wichtiger wird die Frage, ob das Forschungsprojekt gesellschaftliche und sozio-ökonomische Probleme löst“, sagt Evaluationsexpertin Boekholt, die über internationale Trends auf der Jahrestagung des Instituts für Forschungsinformation und Qualitätssicherung Mitte Juni in Berlin referierte. Einig wissen sich diese Staaten mit dem European Research Area Board (ERAB), dem unabhängigen wissenschaftlichen Beratergremium der EU-Kommission. Dieses fordert eine Ära der „neuen Renaissance“. Demnach müssten Forschung und Wissenschaft viel mehr das große Ganze im Blick haben als nur den Fokus auf einen begrenzten lokalen Nutzen. Beispiele dafür sind die „grand challenges“: Klimawandel, Probleme der Globalisierung, Verstärkung oder der demografische Wandel.

Allerdings ist die Suche nach den passenden Indikatoren noch nicht weit gediehen. „Es ist sehr schwierig, Indikatoren

zu definieren, die die Auswirkungen der Forschungsergebnisse, etwa auf den Klimawandel, beschreiben“, sagt Boekholt. Schwierig sei es für Disziplinen wie Mathematik oder Physik; einfacher dagegen in der Medizin, zum Beispiel in der Alzheimer-Forschung. Weil dort ein gesellschaftlicher Nutzen offensichtlich sei. Und auch wenn das Thema Evaluierung in der Wissenschaftsszene nicht überall wohl gelitten ist, sollten Wissenschaftler, Forschungsmanager und Rektoren schon jetzt mit dem Umdenken beginnen, empfiehlt die Expertin. Die Fragestellung: Wie definiere und kommuniziere ich den gesellschaftlichen Auftrag in den jeweiligen Wissenschaftsdisziplinen?

Verfestigt hat sich dagegen nach Einschätzung der niederländischen Politikwissenschaftlerin eine andere Entwicklung: Die Leistungsbewertung ist mittlerweile stark im Managementsystem der Hochschulen verankert. „Evaluierung ist zum strategischen Managementwerkzeug geworden, das darüber entscheidet, welche Wissensbereiche einer Universität gefördert werden und welche nicht“, sagt Boekholt. Früher sei Evaluierung überwiegend auf Fächerebene abgelaufen. Diese Zeiten sind vorbei. In Österreich etwa sei die Evaluierung laut Universitätsgesetz Pflicht für alle Hochschulen.

Insgesamt aber, so Boekholt, mache ein Vergleich der Evaluierungsmethoden auf internationaler Ebene wenig Sinn: „Jedes Land hat seine eigene Kultur.“ Datengrundlage, Transparenz oder Konsequenzen der Evaluierung sind in allen Ländern unterschiedlich. hbj

.....
Kontakt

.....
Dr. Ptries Boekholt
 Technopolis Deutschland
 Telefon: 069/4800-5265
 Mail: ptries.boekholt@technopolis-group.com
 Internet: www.technopolis-group.com



Foto: Joint Research Center

Robert-Jan Smits arbeitet an der neuen Innovationstrategie der EU-Kommission.

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

EU-Innovationspolitik

Neuer Generaldirektor für Forschung in Brüssel

Brüssel Robert-Jan Smits ist seit dem 1. Juli neuer Generaldirektor der EU-Generaldirektion Forschung. Im Februar war er erst zum stellvertretenden Generaldirektor der „Gemeinsamen Forschungsstelle“ benannt worden und rückt nun auf den Posten von José Maria Silva Rodriguez. Die Benennung wurde in Fachkreisen begrüßt, denn dem 52-jährigen Niederländer wird ein breites Wissenschafts- und Wirtschaftsverständnis zugeschrieben. Nicht zuletzt, da Smits maßgeblich an der Gründung des European Research Council (ERC) beteiligt war. Auf seiner Agenda sieht er zunächst die Ausarbeitung des Plans für Forschung und Entwicklung, der im Oktober vorgestellt werden soll.

→ Internet: <http://ec.europa.eu/research>

Soziale Integration

Frankreich plant für Unis Sozialbarometer

Paris Frankreichs Hochschulministerin Valérie Pécresse will die Universitäten und Elitehochschulen (Grandes Écoles) des Landes nach ihrer sozialen Leistung bewerten. Anfang Juni kündigte sie an, dass ein Sozialbarometer die Hochschulen ab 2011 evaluieren soll. Der Fokus solle insbesondere auf der Förderung von Studenten aus sozial benachteiligten Schichten liegen. Präsident Nicolas Sarkozy hatte bereits Anfang des Jahres gefordert, dass 30 Prozent der Elite-Studenten aus Stipendiaten mit sozialer Benachteiligung bestehen sollen. Dennoch stehen die öffentlichen und privaten Hochschulen weiter vor der Frage der Finanzierung, da die Subventionen des Staates für die Maßnahmen nicht ausreichen. Die Konferenz der Elitehochschulen spricht sich außerdem gegen ein Quotensystem und lediglich für die individuelle Unterstützung Einzelner aus, da sonst eine „Senkung des Durchschnittsniveaus“ drohe. (Siehe auch Presseschau S.13)

→ Internet: www.gouvernement.fr

Landeshochschulpakt

Niedersachsen gibt Hochschulen mehr Geld

Hannover Für die niedersächsischen Hochschulen gibt es in den kommenden fünf Jahren mehr Geld. Der Ende Juni unterzeichnete Hochschulpakt legt fest, dass sie bis 2015 insgesamt 8,45 Milliarden Euro erhalten. Das sind rund 100 Millionen Euro jährlich mehr als bisher. Darüber hinaus will das Land eventuell steigende Personalkosten übernehmen. Im Gegenzug verpflichten sich unter anderem die Professoren, eine Stunde mehr zu lehren.

Abschlusstitel

Minister sollen Diplom wieder einführen

Bad Honnef/Stuttgart Baden-Württembergs Wissenschaftsminister Peter Frankenberg (CDU) hat sich dafür ausgesprochen, den Titel des Diplom-Ingenieurs wieder einzuführen. Ein entsprechender Vorschlag soll der Kultusministerkonferenz (KMK) in den kommenden Monaten vorgestellt werden, kündigte er im Juni an. Zwar wollen die Deutsche Physikalische Gesellschaft (DPG) sowie die Konferenz der Fachbereiche Physik (KFP) am zweistufigen Studiensystem und an den Reformzielen des Bologna-Prozesses festhalten. Doch auch sie streben die Wiedereinführung des Diplom-Titels für Physiker an. Unis solle künftig erlaubt werden, Absolventen eines Masterstudiengangs auch das weltweit anerkannte Diplom zu verleihen, forderten sie Ende Juni.

Arbeitsbedingungen

Zwei Studien, zwei verschiedene Ergebnisse

Amsterdam Die USA sind die beliebteste Destination für ausländische Wissenschaftler. Danach folgen die Schweiz und die Niederlande. Das haben Forscher der niederländischen Agentur SEO in ihrer im Juni veröffentlichten Studie „Was bewegt

Wissensmigranten?“ herausgefunden. Unter den Kriterien Arbeit/Karriere, Wissensinfrastruktur, Lebensumfeld und Zugangspolitik wurden die Niederlande mit elf weiteren westlichen Staaten verglichen. Deutschland landete dabei auf Platz neun. Eine andere ebenfalls im Juni veröffentlichte internationale Studie im Auftrag des Fachmagazins „Nature“ kommt dagegen zu dem Ergebnis, dass die Wissenschaftler in Dänemark am zufriedensten mit ihren Arbeitsbedingungen sind. Dabei wurden 10 500 Forscher weltweit nach Kriterien wie Zufriedenheit mit Einkommen, Urlaubsregelung, Gesundheitsvorsorge, Gesamtarbeitszeit, Elternzeit, Altersversorgung, Unabhängigkeit und Unterstützung durch Kollegen befragt. In der „Nature“-Studie folgen nach Dänemark, die Niederlande und Schweden. International schnitt Japan bei der Jobzufriedenheit am schlechtesten ab. Die USA bewegten sich im Mittelfeld.

→ Internet: www.seo.nl
→ Internet: www.nature.com

Fusionspläne

Griechenland denkt über Unifusionen nach

Athem Nach der Zusammenlegung mehrerer tausend Gemeinden auf einige hundert denkt man in Griechenland auch über eine Fusion der Universitäten nach. Eine entsprechende Studie wurde im Juni auf der Ratssitzung der Universitätspräsidenten gutgeheißen. Die Entwicklung der Unis müsse davon abhängen, was gebraucht werde und nicht vom Geltungsbedürfnis der Regionen, sagte der Präsident der Universität Kreta, Prof. Ioakim Grisolakis. Er verwies auf Frankreich, wo allein in Paris zwölf Institute zum Pariser Institut für Technologie zusammengeschlossen worden waren. In Griechenland beobachte man das Gegenteil. „Aus den zwei bis 1965 bestehenden Hochschulen wurden erst vier, dann acht Hochschulen. Hier hätte man aufhören sollen“, sagte Grisolakis. Stattdessen seien Dutzende weiterer Institute hinzugekommen. Das Modell „Jede Stadt eine Universität“ müsse ein Ende haben.

→ Internet: www.gunet.gr

"A pound is still a pound" – und das britische Englisch soll sich, bitteschön, auch nicht durch unschöne US-amerikanische Einflüsse verwässern lassen. Für diese Sprachreinheit kämpft die „Queen's English Society“. Her Royal Majesty is amused!

Foto: Wikipedia/Eric Draper → Internet: www.queens-english-society.com/pageone.html

SPRECHEN



agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Ratspräsidentschaft

Belgien forciert Innovationspolitik

Brüssel Belgien hat zum 1. Juli die EU-Ratspräsidentschaft übernommen und angekündigt, zum ersten Mal einen EU-Gipfel im Zeichen von Forschung und Entwicklung abhalten zu wollen. Auf dem Gipfel im Herbst soll ein neuer Forschungs- und Innovationsplan von den Staatsoberhäuptern diskutiert werden. Neben Patentfragen werde auch die Forderung auf dem Programm stehen, Forschung und Entwicklung jeweils in der Höhe von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu fördern. Hierfür plädiert die Europäische Kommission. Unterdessen befürchten Beobachter allerdings, dass mit Blick auf die EU-Finanzkrise der geplante Innovationsgipfel im Herbst doch wieder von dringenden wirtschafts- und geldpolitischen Fragen überschattet sein könnte, berichtete das Onlinemedium „Euractiv“ im Juni. So steht während des Gipfels auch die Aussprache über eine europäische Wirtschaftsregierung an, die momentan von einer Task Force ausgearbeitet wird. ce

→ Internet: www.eutrio.be

Eklat

Chef von Schwedens Hochschulbehörde geht

Stockholm Anders Flodström, der Chef des schwedischen „Högskoleverket“, der nationalen Agentur für Hochschulbildung, hat nach einem Disput mit dem Hochschul- und Forschungsminister Tobias Krantz das Handtuch geworfen. Kern des Streites war ein neues Qualitätsevaluierungssystem für Hochschulen und Universitäten, das die Regierung Ende Mai trotz massiver Kritik durch Flodströms Behörde verabschiedet hatte. „Die Differenz besteht in der Auffassung, wie man die Qualität der höheren Ausbildung misst“, kommentierte Flodström seinen Rücktritt in der schwedischen Tageszeitung „Dagens Nyheter“ Anfang Juni. Schwedens Universitätslehrerverband (Sulf) unterstützt Flodström. Sulf-Vorsitzende Prof. Anna Götlind sagte,

leider bestehe der Graben zwischen den Hochschulen und dem Ministerium weiterhin und die Hochschullehrer seien stark darüber beunruhigt, wie sich der Disput entwickle. ce

→ Internet: www.hsv.se

Spende

Lieblingsprofs sollen mehr Geld bekommen

Haifa Der israelische Milliardär Moshe Yanai spendet Boni für besonders beliebte Professoren. Er überließ im Juni seiner früheren Hochschule Technion in Haifa 8,5 Millionen Euro unter besonderen Bedingungen: Die Studenten sollen darüber abstimmen können, welche Professoren für eine angenehme Lehratmosphäre sorgen sowie fachlich und persönlich Kompetenz besitzen. Diese Dozenten sollen letztlich einen Bonus von mehr als 20 000 Euro erhalten. Das Bonus-Programm soll während der kommenden 20 Jahre aufrecht erhalten werden. Yanai, der die IT-Welt durch seine Speicherinnovation revolutioniert hat, sagt zu den Gründen seiner Spende: „Ich habe während meines Elektrotechnikstudiums in

den 1970er Jahren unter Professoren gelitten.“ Dennoch schulde er dem Technion einen Großteil seines Erfolgs. ce

→ Internet: www1.technion.ac.il/en

Brain-Gain

Frankreich will gute Forscher zurücklocken

Paris Frankreich hat ein Rückkehrprogramm für Nachwuchsforscher gestartet. Erstmals stellt die Nationale Forschungsagentur ANR in diesem Jahr 11,5 Millionen Euro für 25 Post-Doktoranden zur Verfügung, die bislang im Ausland gearbeitet haben und nun ihre Karriere in Frankreich fortsetzen, teilte die französische Botschaft in Berlin mit Verweis auf die Zeitung „Le Monde“ Ende Juni mit. Das Geld können die Rückkehrer in eigene Forschungsprojekte investieren und damit auch andere Wissenschaftler für drei Jahre beschäftigen. Im Einzelfall kann das Rückkehr-Stipendium bis zu 700 000 Euro betragen. Insgesamt hatten sich fast 100 Kandidaten beworben. Für die nächste Runde liegen bereits über 150 Bewerbungen vor. cxm

→ Internet: www.botschaft-frankreich.de

Lehrqualität

Akademie für Lehre startet bis Ende 2010

Bonn/Berlin Die neue Akademie für Lehre und Lernen, mit der die Lehrqualität an deutschen Hochschulen künftig verbessert werden soll, wird bis Ende des Jahres die Arbeit aufnehmen. Bereits Anfang 2011 werden die ersten Fördermittel bereit gestellt. „Die Hochschulen sollen Mitglied eines Vereins werden, der die Akademie tragen soll“, erklärte die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Prof. Dr. Margret Wintermantel Ende Juni.

Über die Geschäftsstelle der Akademie sollten Hochschulen Projektanträge stellen. Gutachter würden dann über deren Auswahl entscheiden. „Die Deutsche Forschungsgemeinschaft folgt diesem Prinzip seit Jahrzehnten erfolgreich“, begründete Wintermantel. Ausbauen will die HRK mit

der neuen Akademie vor allem das Lehrpersonal und die Möglichkeiten für die Lehrenden, sich weiterzuqualifizieren. „Ziel ist nicht, exzellente Lehre zu fördern, sondern die Qualität der Lehre in der Breite zu verbessern“, betonte Wintermantel.

Finanziert werden die Projekte und die Akademie über die dritte Säule des Hochschulpaktes, für die Bundesbildungsministerin Dr. Annette Schavan Mitte Juni rund zwei Milliarden Euro bis zum Jahr 2020 zur Verfügung stellte. Unterdessen startete Anfang Juli ein neues HRK-Beratungsprojekt. Es soll den Hochschulen helfen, Inhalt und Struktur von Bachelor- und Master-Programmen zu verbessern. Der Bund fördert das Projekt für vier Jahre mit sechs Millionen Euro. hbj

Mit Sabine Kunst steht erstmals eine Frau an der Spitze des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD).



Foto: Uni Potsdam

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Forschungsförderung

Keine Geld mehr ohne Open Access

Berlin Die öffentliche Förderung von Forschung sollte daran gekoppelt sein, dass es einen öffentlichen Zugang zu deren Ergebnissen gibt. Das fordert der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Michael Kretschmer. Der Steuerzahler habe ein Recht auf freien Zugang (Open Access) zu Forschungsergebnissen, die es ohne seine Unterstützung nicht gäbe. Derzeit träten viele Wissenschaftler ihre Nutzungsrechte an Verlage ab, wodurch diese subventioniert würden. rk

Finanzen

Hessen sponsert Privatuni mit Millionenzuschuss

Wiesbaden Der Gründungsfestakt der „EBS Universität für Wirtschaft und Recht“ Mitte Juni ist von Protesten begleitet worden. Studenten, Gewerkschaften, Linkspartei und Landesärztekammer kritisierten den Beschluss von Stadt und Land, die Privat-Uni mit 25 Millionen Euro zu fördern. Kurz zuvor war der hessische Hochschulpakt unterzeichnet worden, der an den staatlichen Hochschulen eine jährliche Einsparung von 30 Millionen Euro vorsieht. rk

Humboldt-Stiftung

München und Berlin liegen bei Spitzenforschern vorn

Bonn Die Freie Universität Berlin sowie die Ludwig-Maximilians-Universität München bleiben in Deutschland die Top-Adressen für Spitzenforscher aus dem Ausland. Das zeigt die jüngste Erhebung der Alexander von Humboldt-Stiftung über die Verteilung ihrer Stipendiaten und Preisträger. 238 von ihnen zog es von 2005 bis 2009 nach München, 228 nach Berlin. Preisträger und Stipendiaten können selbst darüber entscheiden, an welcher deutschen Institution sie ihren Aufenthalt verbringen wollen. rk

Neue Führung

Sabine Kunst ist neue DAAD-Präsidentin

Bonn Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) hat seine Spitzenposition neu besetzt. Prof. Dr. Sabine Kunst wurde Ende Juni zur neuen Präsidentin gewählt. Sie folgt Prof. Dr. Stefan Hormuth nach, der im Februar verstorben war. Sabine Kunst ist seit 2007 Präsidentin der Universität Potsdam. 1990 habilitierte sie sich am Fachbereich Bauingenieur- und Vermessungswesen der Universität Hannover. Den DAAD kennt sie aus ihrer bisherigen Vorstandstätigkeit. rk

Besoldungssystem

Südkorea zahlt Boni

Seoul Südkorea hat für Hochschulangeestellte die leistungsbezogene Bezahlung eingeführt. Seit Juli werden neue Mitarbeiter nach den Evaluationsergebnissen entlohnt. Den 20 Prozent des Personals, die die besten Noten erhalten, winkt mehr als das Doppelte des Durchschnitts-Gehalts. Bei

EU-Forschungspolitik

Initiativen für Bürokratieabbau geplant

Brüssel/Bern Der lang geforderte Bürokratieabbau bei der EU-Forschungsförderung nimmt Gestalt an. Im Rahmen zweier Initiativen der EU-Kommission wurden Änderungen an den Finanzierungsvorschriften sowie eine Vereinfachung der Antragsverfahren für das EU-Forschungsrahmenprogramme auf den Weg gebracht. Olivier Küttel, Mitbegründer der Bürokratieabbau-Initiative „Trust Researchers“ und Leiter des Euresearch-Hauptsitzes in Bern, sagte im Juni: „Die Vorstöße machen den 13 500 Forschern, die unsere Petition unterschrieben haben, Hoffnung, dass es tatsächlich Vereinfachungen im System geben wird.“

Olivier Küttel sieht in Brüssel noch viel Überzeugungsarbeit vor sich..

herausragenden Forschungsergebnissen ist sogar das Vierfache vorgesehen. Wie das Forschungsministerium im Juni mitteilte, sollen ab 2015 alle Unimitarbeiter im Land danach besoldet werden. ce

→ Internet: www.southcoreagovernment.com

Sparkurs

Italien im Streikfieber

Rom In den nächsten Wochen ist an Italiens Universitäten mit massiven Streiks zu rechnen. Wie die Dozenten-Initiative „29. April“ Ende Juni bekanntgab, sind über 5000 wissenschaftliche Mitarbeiter und Dozenten bereit, gegen die Hochschulreform von Bildungsministerin Mariastella Gelmini zu protestieren. Mit der Reform seien starke Kürzungen verbunden. Sie sollen im Oktober verabschiedet werden. Wie der Landeskoordinator der Initiative, Alessandro Pezzella, mitteilte, sind an der Federico II-Universität von Neapel 400 von 700 Dozenten bereit, in den Ausstand zu treten. An den Universitäten von Florenz und Turin sind annähernd 55 Prozent der wissenschaftlich Beschäftigten für den Streik. ce

Doch könnte eine grundlegende Änderung der Finanzierungsregeln nur vom Europäischen Parlament und Rat beschlossen werden. ce

→ Internet: www.trust-researchers.eu



Foto: euresearch/photopress

66. Jahrgang

Gegründet 1945 als „Göttinger Universitätszeitung“.

Herausgeber:

Dr. Wolfgang Heuser, Tel.: 030 212987-29,
E-Mail: w.heuser@raabe.de

Redaktion:

Leitende Redakteurin: Christine Prußky (py),
Tel.: 030 212987-37, E-Mail: c.prussky@raabe.de
Hans-Christoph Keller (hck), Tel.: 030 212987-36,
E-Mail: hc.keller@raabe.de
Mareike Knoke (mk), Tel.: 030 212987-35,
E-Mail: m.knoke@raabe.de
Christine Xuân Müller, Tel.: 030 212987-32,
E-Mail: c.mueller@raabe.de
Redaktionsassistent: Anne-Katrin Jung (akj),
Tel.: 030 212987-39, E-Mail: duz-redaktion@raabe.de

Adresse der Redaktion:

Kaiser-Friedrich-Straße 90, 10585 Berlin
Tel.: 030 212987-0, Fax: -30
E-Mail: duz-redaktion@raabe.de
Internet: www.duz.de

Gestaltungsidee und Grundlayout:

axeptDESIGN, Berlin

Satz und Grafik:

ESM Berlin

Druck:

Kessler Druck + Medien, Bobingen

Ständige Autoren und Mitarbeiter:

Dr. Bernt Armbruster (bar), Frank van Bebber (fvb),
Benjamin Haerdle (hbj), Marion Hartig (mh), Roland
Koch (rk), Textagentur Café Europe

Titelfoto:

Felivet/Wikimedia

Verantwortlich gemäß Pressegesetz:

Christine Prußky, Berlin (für den redaktionellen Inhalt)

Anzeigenabteilung und Verlag:

RAABE Fachverlag für Wissenschaftsinformation
Anke Weltzien, Kaiser-Friedrich-Straße 90, 10585 Berlin
Tel.: 030 212987-31, Fax: -30
E-Mail: duz-anzeigen@raabe.de
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 48 vom 01.01.2010.

Kundenservice und Unternehmenszitat:

Dr. Josef Raabe Verlags-GmbH
Ein Unternehmen der Klett-Gruppe
Rotebühlstraße 77, 70178 Stuttgart
Postfach 103922, 70034 Stuttgart
Tel.: 0711 62900-16, Fax: 0711 62900-10
Stuttgart HRB 726594
Geschäftsführerin: Anneliese Grünzinger
USt.-ID: DE 813031443

Bezugsbedingungen:

Ein duz-Abonnement beinhaltet 22 Ausgaben
im Jahr (12 x duz MAGAZIN, 10 x duz EUROPA).
Der Jahresbezugspreis beträgt 129 Euro, der
Halbjahresbezugspreis 68 Euro (für Studierende,
Promovenden und Referendare 35 Euro). Alle
Preise verstehen sich inklusive 7 % Mehrwertsteuer
und Versandkosten, Inland. Zusätzlich gibt es die
Möglichkeit, ausschließlich die duz EUROPA zu
abonnieren. Der Jahresbezugspreis beträgt 68 Euro
(für Studierende, Promovenden und Referendare 35
Euro). Ermäßigte Abonnements können nur direkt beim
Verlag bestellt werden. Die Abonnementrechnung
wird gemäß dem Bezugsjahr (nicht Kalenderjahr)
gestellt. Bei Lieferungsausfall durch Streik oder höhere
Gewalt erfolgt keine Rückvergütung. Die Kündigung
des Abonnements muss 6 Wochen vor Ende des
Bezugsjahres/-halbjahres beim Verlag eingegangen sein.
ISSN-Nr. 1869 – 7402

© Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge
und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist
eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages
strafbar. Beiträge, die mit Namen oder Initialen des
Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem
Fall die Meinung der Redaktion oder des Verlages
dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte sowie
Meinungsbeiträge von Autoren, die nicht der Redaktion
angehören, kann keine Haftung übernommen werden.
Der Verlag behält sich vor, Beiträge lediglich insoweit
zu kürzen, als das Recht zur freien Meinungsäußerung
nicht betroffen ist.

Haftungsausschluss für Anzeigeninhalte:

Für die Inhalte von Stellenangeboten und Werbe-
anzeigen sind die jeweiligen Inserenten verantwortlich.

Sozialbarometer ist ein notwendiges Werkzeug

Paris Yazid Sabeg, Frankreichs Kommissar für Vielfalt und Chancengleichheit, begrüßt in der französischen Tageszeitung „Le Monde“ die Ankündigung der Forschungsministerin Valérie Pécresse, ein Sozialbarometer für Hochschulen einzuführen: „Es gibt keine ernsthafte Politik ohne ein Werkzeug, das ihre Auswirkungen bewertet. Die Zielmarke von 30 Prozent Stipendiaten in den Elitehochschulen ist ein Engagement des Präsidenten und sie besitzt breiten Konsens bei den betroffenen Einrichtungen (...). Aber vergessen wir nicht: Sie ist nichts weiter als ein Indikator für die gute Gesundheit eines Erziehungssystems. (...) Und allein die Hochschulen entscheiden darüber, wie sie das Ziel erreichen. Da ist Messen eine gute Sache. (...) Denn Hochschulen sind normalerweise schlechte Schüler, wenn es um soziale Öffnung geht.“

(Le Monde, 22.06.2010)

→ Internet: www.lemonde.fr

Bezahltes Studium ist nicht zwingend besser

Kopenhagen In Dänemark wird darüber diskutiert, ob höhere Studiengebühren auch bessere Studienqualität bedeuten. Nicht zwingend, meint Thomas Harboe, Leiter des Pädagogischen Zentrums für Gesellschaftswissenschaften an der Universität Kopenhagen, in einem Beitrag für „Politiken“: „In Wirklichkeit kopieren Universitäten, die miteinander konkurrieren, ihre Konkurrenten. Das schafft nicht notwendig mehr Wahlmöglichkeiten. Vielleicht sogar im Gegenteil: Man riskiert, dass der Wettbewerb gute Ideen tötet (...). Von einem pädagogischen Standpunkt aus gesehen, bieten Bezahluniversitäten nicht immer die bestmögliche Ausbildung. Sie sind primär an standardisierten, übersichtlichen Angeboten interessiert, die Wiedererkennungswert besitzen. Andernfalls riskieren sie, dass ihnen die Kunden wegbleiben.“

(Politiken, 14.06.2010)

→ Internet: www.politiken.dk

Unis brauchen Erdölgeld

Oslo Das Finanzierungssystem der norwegischen Universitäten sei destruktiv und müsse durch Erdölvermögen gestärkt werden, schreibt der Stockholmer Professor Sverker Sörlin und ehemalige Gastprofessor in Oslo in der norwegischen Zeitung „Aftenposten“: „Zurzeit kommt mindestens die Hälfte der Forschungsmittel aus Quellen, die der Konkurrenz ausgesetzt sind. Und die Finanzierung der Universitäten ist ein Pyramidenspiel, in dem neue Einnahmen die laufenden Defizite finanzieren müssten. (...) Die Lösung ist, radikal mit dem destruktiven Modell zu brechen. Die Universitäten müssen (...) über Vermögen verfügen, um nicht bei jeder Initiative um Geld bitten zu müssen. Es braucht bedeutende Beträge, doch im Gegensatz zu anderen Ländern muss Norwegen dazu keine Darlehen aufnehmen.“

(Aftenposten, 25.06.2010)

→ Internet: www.aftenposten.no

Reputation ist in Gefahr

London In harten Zeiten würden die Rekrutierungsmethoden der finanziell unter Druck geratenen Hochschulen aggressiver, schreibt der Vizekanzler der Universität von Roehampton, Andy Mashester, in „Times Higher Education“. Doch das sei der falsche Weg: „1987 stand ich dem 'UK Council für Overseas Studies' vor, als er sich neu erfinden musste. Aggressive Rekrutierungsmethoden hatten unter dem Vorwurf der Ausbeutung die Reputation angeschlagen. Ich erinnere mich gut an die Diskussionen um die Gefahr, sich zu stark auf diese Finanzierung zu verlassen. (...) Wenn wir nur aus Geldmotiven rekrutieren, besteht wieder das Risiko, dass wir unsere goldene Gans schlachten. (...) Bezüglich Australiens offensiver Strategie zeichnen sich in Südostasien bereits negative Reaktionen ab. (...) Wir vergessen schnell, was die Geschichte uns gelehrt hat – dass Reputation schwer zu gewinnen und leicht verloren ist.“

(Times Higher Education, 24.06.2010)

→ Internet: www.timeshighereducation.co.uk

Aus Gründen der besseren Handhabbarkeit
finden Sie den Stellenmarkt in einer gesonderten Datei.

Schlechte Nachrichten aus den Houses of Parliament in London: Die Universitäten müssen den Gürtel noch enger schnallen.



Foto: www.britainonview.com.jpg

von Gabriel Rath

Sparrunden in Großbritannien

Unis fordern höhere Studiengebühren, um Kürzungen auszugleichen

London Für die 147 Universitäten und Hochschulen in England und Wales werden die Zeiten einfach nicht besser. Eine Sparrunde jagt die nächste. Bis zum Jahr 2013 will die im Mai gewählte Regierung unter David Cameron nun die Ausgaben für das Hochschulwesen um 1,46 Milliarden auf 15,63 Milliarden Euro kürzen.

Schon jetzt haben die Einsparungen, die der frühere Premierminister Gordon Brown einläutete, drastische Folgen. Zum Studienbeginn im Herbst werden wegen der Kürzungen bis zu 250 000 Bewerber keinen Studienplatz bekommen. Viele Universitäten mussten Arbeitsplätze abbauen, Studienrichtungen einstellen und Investitionen stoppen. Insgesamt rund 15 000 Stellen in Forschung und Verwaltung sind an den Universitäten nach Gewerkschaftsangaben in Gefahr.

Doch es droht noch Schlimmeres. In den kommenden vier Jahren plant die Regierung, die Staatsausgaben um 25 Prozent zu kürzen. Im Oktober will sie Details vorlegen. Schon schlagen Unis, Gewerkschaften und Studierende Alarm: „Das ist Besorgnis erregend“, warnt Paul Marshall, Vorsitzender der „1994 Group“, der 19 forschungsstarke Universitäten angehören: „Unsere Universitäten müssen geschützt werden.“ Glaubt man Prof. Dr. Steve Smith, Vorsitzender der britischen Rektorenkonferenz Universities UK, stünden die britischen Hochschulen damit vor einem „Tal des Todes“.

Die Kürzungen erfolgen nach einem Jahrzehnt massiver staatlicher Investitionen in Forschung und Lehre: Zwischen 1997 und

2007 verdoppelte die Regierung die Ausgaben. „Wir haben eine gute Dekade gehabt“, räumt Prof. Dr. Adam Roberts, Vorsitzender der British Academy, ein. Vier englische Universitäten – Cambridge, Oxford, Imperial College London und University College London – sind heute unter den zehn führenden Universitäten der Welt. Das hat ökonomischen Nutzen: „Unsere Universitäten tragen im Jahr mehr als 71 Milliarden Euro zu unserer Volkswirtschaft bei“, sagt Nicola Dandridge, Geschäftsführerin von Universities UK, dem Verband der britischen Rektoren. Trotzdem gibt Großbritannien nur rund 1,3 Prozent seines Bruttoinlandsproduktes für Universitäten aus, die USA dagegen etwa drei Prozent.

Parallel zum Anstieg der staatlichen Ausgaben erhöhte sich die Zahl der Studierenden von 1,8 Millionen im Jahr 1997 auf 2,4 Millionen im Studienjahr 2009/10. Im Jahr 2006 regelte die Regierung die Höhe der Studiengebühren für alle Hochschulen. Seitdem darf jede Universität einen jährlichen Maximalbetrag von britischen und EU-Studierenden einnehmen, der ab dem kommenden Studienjahr 4000 Euro beträgt. Andere internationale Studierende zahlen erheblich mehr. Die Studiengebühr muss nach dem Abschluss und ab Erreichen eines Jahreseinkommens von 18 237 Euro zu einem subventionierten Zinssatz in Raten zurückgezahlt werden.

Abschreckende Wirkung auf die Erstsemester hatten die Gebühren nicht. Der Sutton Trust, der sich für einen gleichberechtigten Universitätszugang einsetzt,

Kompass Großbritannien



Grafik: Wikimedia, Flagge: pixelio/T. Weiss

Hochschulfinanzierung:

Großbritannien hat derzeit 166 Universitäten und Einrichtungen der höheren Bildung. Sie werden im Wesentlichen aus vier Quellen finanziert: Staatliche Zuwendungen, Studiengebühren, Forschungsgeld und Einkommen aus Schenkungen und Veranlagungen. Im Studienjahr 2008/09 gab der Staat für Lehre 10,7 Milliarden Euro und für Forschung 4,99 Milliarden Euro aus.

Die Sparpläne:

Im Zug der Budgetkürzungen werden im Studienjahr 2010/2011 ausschließlich für die Naturwissenschaften 10 000 zusätzliche Studienplätze zur Verfügung gestellt. Zugleich hat die Regierung erklärt, die Forschungsausgaben auf dem bisherigen Niveau halten zu wollen. Dagegen soll in der Lehre drastisch gespart werden. Dagegen investierte die Privatwirtschaft im Jahr 2009 19,45 Milliarden Euro in Forschung und Entwicklung.



ermittelte, dass derzeit 80 Prozent der Schulabgänger beabsichtigen, ein Studium zu beginnen. Bei einer Gebührenerhöhung auf 6079 Euro im Jahr würden 17 Prozent auf ein Studium verzichten, bei 12 158 Euro 46 Prozent.

Mit den Gebühren nahmen die Universitäten dem Higher Education Funding Council for England zufolge im Studienjahr 2008/09 rund 8,8 Milliarden Euro ein, etwa 28 Prozent der Gesamteinnahmen von 30,88 Milliarden Euro. Eine Kommission evaluiert derzeit die Universitätsfinanzierung. Im Herbst will sie einen Bericht vorlegen. Erwartet wird die Empfehlung, die

Paul Cottrell ist politischer Direktor der Gewerkschaft University and College Union.

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Hochschulfinanzierung

"Das Schlimmste liegt noch vor uns"

Stehen die Unis bald nur noch Reichen offen? Der Gewerkschaftler Paul Cottrell fürchtet die Rückkehr zum Elitesystem.

duz Wie ernst ist die Situation für die britischen Universitäten?

Cottrell Wir haben eine echte Krise. Alle Universitäten prüfen derzeit ihre Ausgaben. Und das ist erst der Anfang, denn das Schlimmste liegt sicherlich noch vor uns.

duz Was wäre das?

Cottrell Dass wir zurückkehren zu einem Elitesystem, das nur jenen zur Verfügung steht, die es sich leisten können. Das wäre eine völlige Abwendung von der starken Expansion und gesellschaftlichen Ausweitung, die wir in den vergangenen 13 Jahren erlebt haben. Ich fürchte, dass diese Fortschritte nun rückgängig gemacht werden sollen.

duz Sind die Einsparungen denn überhaupt nötig?

Cottrell Nein. Der Universitätssektor ist einer der effizientesten Sektoren der Wirtschaft. Wir haben es geschafft, massiv zu wachsen und weitgehend unser Niveau zu halten, obwohl die Expansion nicht ausreichend finanziert war. Ich kann daher nicht erkennen, was wir einsparen können, ohne unseren Studierenden zu schaden.

duz Sollten die Ausgaben für Universitäten geschützt werden?

Cottrell Absolut. Wir dürfen die höhere Erziehung nicht vernachlässigen. Wenn wir aus der Wirtschaftskrise kommen, werden wir die Fachkräfte brauchen, die jetzt an den Universitäten ausgebildet werden.

duz Welche Position hat die UCU zu den Studiengebühren?

Cottrell Wir sind gegen eine Erhöhung. Wir lehnen auch die Einführung von Marktmechanismen ab, denn das führt dazu, dass 15 bis 20 Universitäten akut gefährdet erscheinen. Sie könnten zu Zusammenlegungen gezwungen sein, im schlimmsten Fall auch zur Schließung.

Die Fragen stellte Gabriel Rath.

Studiengebühren auf das Doppelte oder gar das Dreifache anzuheben. Die Russell Group, in der 20 Elite-Universitäten versammelt sind, fordert eine völlige Freigabe der Studiengebühren: „Wir befürworten die Einführung eines differenzierten Marktes.“ Mit ein Grund sind Untersuchungen, wonach Universitätsabsolventen im Lauf ihres Erwerbslebens 160 Prozent mehr verdienen als Arbeitskräfte ohne Hochschulabschluss. Nach Angaben des Sutton Trust akzeptieren 60 Prozent der Studierenden höhere und differenzierte Gebühren als Preis für ein höheres Lebens Einkommen.

Für die Freigabe der Gebühren spricht sich auch der Kanzler der Universität Oxford, Chris Patten, aus. Im Gegenzug sollten die staatlichen Zuwendungen radikal gekürzt werden. Die derzeitigen Gebühren plus Zahlungen des Staates deckten gerade mal die Hälfte der jährlichen Ausgaben für die Ausbildung. Der neue Staatssekretär für Universitäten, David Willetts, bezeichnete Studierende als „Belastung für den Steuerzahler“ und das gegenwärtige System als „nicht tragfähig“. Der liberale Koalitionspartner hingegen versprach im Wahlkampf die Abschaffung der Studiengebühren, und der politische Direktor der Gewerkschaft University and College Union (UCU) Paul Cottrell meint: „Wir sind gegen die Einführung eines Marktes im Universitätssektor.“ (siehe Interview)

Um Haushaltslöcher zu stopfen, können aber nur Eliteuniversitäten wie

Cambridge auf verstärktes Fundraising setzen. „Den meisten Universitäten steht dieser Weg nicht offen“, meint Sarah Porter vom Forschungsverband Joint Information Systems Committee (JISC). Ihnen fehlt es an Attraktivität, Bekanntheit und Möglichkeiten des Marketings.

Derweil plant die Gewerkschaft UCU für den Herbst einen landesweiten Aktionstag. Universities UK-Vorsitzender Smith warnt: „Ein gesunder Universitätssektor ist existenziell wichtig für unser Land.“

Gabriel Rath ist Journalist in London.

Minister im Profil

David Willetts

Seit Mai ist Willetts zuständiger Staatssekretär für Universitäten. Dem konservativen Politiker ist der liberale Dr. Vince Cable als Minister vorgesetzt.

Foto: BIS



Werdegang

Der 56-jährige David Willetts gilt wegen seiner ausgeprägten akademischen Interessen als "two brains". Er war Direktor des Centre for Policy Studies in London, unterrichtete an Universitäten und veröffentlichte Bücher. Mit seiner Studie "Why Vote Conservative?" wurde er 1997 zu einem Wegbereiter des neuen Konservatismus, für den heute Premierminister David Cameron steht. Seit 1992 ist Willetts im Unterhaus, wo er sich als Haushaltsexperte einen Namen machte.

duz

UNABHÄNGIGE DEUTSCHE UNIVERSITÄTSZEITUNG

Am 23. Juli
kommt das neue:

MAGAZIN

Nachrichten für Forscher und Wissenschaftsmanager

Themen unter anderem:

- Das Team bin ich? Warum Hochschul-Vizepräsidenten heute mehr sind als bloß die Nummer Zwei.
- Gemeinsam stark? Wie Dänemark seinen Hochschulen durch Fusionen das Leben schwer macht.

Deutsche Universitätszeitung

Wissenschaft weiterdenken



Fünf Zugänge in einem Abonnement

duz MAGAZIN, AKADEMIE, EUROPA, SPECIALS und duz ONLINE – zuverlässiger Partner für unabhängige Fachinformation

Fundierte Hintergrundinfos

zu Trends und Strömungen aus Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement

Kompakte Nachrichten

aus dem nationalen und internationalen Hochschul- und Wissenschaftsgeschehen

Verlässliche Empfehlungen

zu Namen und Netzwerken als potenzielle Unterstützer und beispielhafte Vordenker

Aktuelle Stellenausschreibungen

bis zum Ende der Bewerbungsfrist

Ja, ich bestelle:

() ein duz-Abonnement ab _____ zum halbjährlichen Bezugspreis von 68,00 Euro (inklusive 7% Mehrwertsteuer und inkl. Versandkosten, Inland)

() ein duz-Abonnement ab _____ zum jährlichen Bezugspreis von 129,00 Euro (inkl. 7 % Mehrwertsteuer und inkl. Versandkosten, Inland)

() ein Abonnement duz EUROPA ab _____ zum jährlichen Bezugspreis von 68,00 Euro (inklusive 7% Mehrwertsteuer und inkl. Versandkosten, Inland)

Das Abonnement kann mit einer 6-wöchigen Frist jeweils zum Bezugs- halbjahresende bzw. Bezugsjahresende gekündigt werden.

Bitte senden Sie dieses Formular ausgefüllt per Brief oder Fax an:
RAABE Fachverlag für Wissenschaftsinformation, Kaiser-Friedrich-Str. 90,
10585 Berlin, Fax 030 212987-30

Weitere Informationen und Online-Bestellmöglichkeit unter: www.duz.de

Name, Vorname

Institution / Firma

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Fon / Fax

E-mail

Datum / Unterschrift

Ich bestätige durch meine 2. Unterschrift, dass ich davon Kenntnis genommen habe, diese Bestellung schriftlich innerhalb einer Woche durch Mitteilung an den RAABE Fachverlag für Wissenschaftsinformation widerrufen zu können. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift